

# Breslauer Handels-Blatt

25. Jahrg.

Abonnements-Preis: In Breslau frei ins Haus 1 Zflr. 15 Sgr. Bei den Post-Anstalten 1 Zflr. 20 Sgr.

Mittwoch, den 13. Januar 1869.

Expedition: Herrenstraße 30. Inserationsgebühr 1 Sgr. 6 Pf. für die Zeitspille.

Nr. 10.

## Schlesische landwirtschaftliche Bank.

Die landwirtschaftliche Darlehnskasse, welche künftig die Firma: „Schlesische landwirtschaftliche Bank zu Breslau“ führen, in deren Stammcapital mit einer Million Thaler in baarem Gelde beschafft wird, ist außer den ihr bereits gestatteten Lombardgeschäften bezeugt:

1. Gezojene und trockene (eigene) Wechsel — vorzüglich solche schlesischer Landwirthe — die im Inlande zahlbar sind, zu discountiren und Wechsel auf Plätze des Auslandes zu kaufen. Die zur Discountirung oder zum Ankauf angebotenen Papiere müssen mit einem auf die „Schlesische landwirtschaftliche Bank“ lautenden Giro versehen sein, dürfen nicht später als drei Monate nach dem Datum der Ausstellung verfallen, und es müssen aus ihnen in der Regel wenigstens drei solide Verbundene haften. Wechsel mit nur 2 Unterschriften dürfen nur ausnahmsweise und unter ausdrücklichem Einverständnis beider Directoren der Bank erworben werden.

2. Das Casso von Wecheln, Geld-Anweisungen, Rechnungen und Effecten zu befragen und verzinsliche und unverzinsliche Capitalien ohne Verbriefung, jedoch gegen Empfangsbekundigungen, die nur auf den Namen des Einzahlers lauten dürfen, anzunehmen und mit den Eigenthümern der solchergestalt einlöslichen oder angenommenen Gelder und Effecten in Giroverkehr, jedoch äußerlich in Höhe des bei der Kasse bestehenden Guthabens, zu treten. Die verzinslichen Capitalien dürfen niemals den doppelten Betrag des Stammcapitalis übersteigen und muß bei Annahme derselben eine Kündigungsfrist von nicht weniger als zwei Monaten vorbehalten werden.

3. Effecten nicht nur von der in § 2 Lit. C. des Regulativs bezeichneten Art, sondern auch andere Werthpapiere nach denselben Grundsätzen, wie die prüfliche Bank zu beleihen, zu kaufen und zu verkaufen.

Die Geschäftseröffnung der Bank ist mit dem Monat April d. S. zu erwarten. Das Geschäftslocal wird sich in dem von der Generallandwirtschaft acquirirten ehem. Graf Henckel'schen Palais befinden. Zu Directoren wurden berufen Herr Generallandwirtschafts-Representant Elsner v. Gronow und der bisherige Director der Breslauer städtischen Bank, Herr Krüger. (Schles. landw. Ztg.)

Der kürzlich erschienenen neuen Ausgabe des Handbuchs der Provinz Schlesiens, herausgegeben von dem k. Ober-Präsidialbureau, entnimmt die „Schl. Ztg.“ u. A. folgende statistische Mittheilungen:

In der Provinz Schlesiens bestehen 7 Handelskammern, und zwar in Breslau, Görlitz, Gleiwitz, Hirschberg, Landeshut, Rastow und Schweidnitz; eine Börsen-Commission, 5 Commissionen vereidigter Sachverständiger für Qualitätsstreitigkeiten; 2 vereidete Spirituswäger, 1 Commission für Wollberichte, 1 Commission zur Notirung der Marktpreise für Kaps und Rüben, 15 Handelsmänner für Wechsel, Fonds und Geldgeschäfte, 26 Handlungsmänner für sonstige Handelsgeschäfte (die genannten Commissionen und Männer befinden sich sämmtlich in Breslau). Ferner: 8 Eisenbahn-Aktiengesellschaften, 34 Chausseebau-Aktienvereine, 13 Aktiengesellschaften. — An Handelsfirmen befand die Stadt Breslau nach dem Ende Juni 1868 abgeschlossenen Verzeichnisse 1909 Firmen. In den Provinzialstädten Schlesiens existiren 2471 Handelsfirmen. — Buch-, Musikalien- und Kunsthandlungen, Leihbibliotheken und lithographische Anstalten besitzen die Provinzialstädte Schlesiens 1186; außerdem hat Breslau 43 Buch-, Musikalien- und Kunsthandlungen, 11 Buchdruckereien und 24 lithographische Anstalten aufzuweisen. — An Fabrikanlagen sind in der Provinz vorhanden: 71 Eisen- und Stahlwarenfabriken, 82 Maschinenbau-Anstalten und Maschinenfabriken aller Art, 17 Metall-, Bronze- und Kupferwarenfabriken, 29 Glasfabriken, 11 Porzellan- und Steingutfabriken, 104 Fabriken für irdene Waaren, 102 Gemische, insbesondere Knochenmehl-, Kompost- und Farbewaarenfabriken, von denen 25 auf die Stadt Breslau fallen, 85 Kalkbrennereien und Cementfabriken, 16 Zecherzeu, 163 große Mahlmühlen und zwar 91 Wassermühlen und 72 Dampfmühlen, 42 Oelfabriken und große Delmühlen, 57 Dampfsägemühlen und Sägmühlwerke, 17 große Möbel- und Holzwarenfabriken, 44 Papierfabriken, 17 Steinpapier- und Pappwarenfabriken, 44 Zuckerraffinerien, 23 Tabak- und Cigarrenfabriken, 39 Leder- und Lederwarenfabriken, incl. großer Gerbereien, 7 Leinwandereien, 80 Wol-

len-spinnereien, Webereien und Tuchfabriken, 64 Leinen-, Damast-, Halbleinen-Webereien und Spinnereien, 106 Baumwollen-Webereien und Spinnereien, 4 Zwirn-, Strick- und Nähgarnfabriken, 6 Seiden- und Seidenwarenfabriken, 42 große Bleichereien, 44 große Färbereien und Rattundruckereien, 16 große Stoffsabriken, 40 große Stärkefabriken, 91 große Brauereien, 463 Spiritusfabriken und große Branntweinbrennereien, sowie 195 Fabriken für vereinzelte Fabrikationszweige. Von den 463 Spiritus- u. c. Fabriken fallen auf Breslau 48 Rum- und Liqueurfabriken, 12 Spirit- und Spiritusfabriken, sowie Spiritustraffinerien und 32 Branntweinbrennereien.

C. S. Berlin, 12. Januar. Gestern Abend von 7 Uhr ab berieheten die vereinigten Commissionen für Handel und Gewerbe und für Justizwesen über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Concursordnung vom 8. Mai 1855. Als Vertreter des Justizministers war der Kammergerichtsrath Schow, als Commissar des Handelsministers der Geh. Reg.-Rath Lebens erschienen. Referent der Justizcommission Abg. Lesse sprach sich bei der General-Discussion hauptsächlich über die Opportunität der Vorlage aus. Mit Rücksicht auf die nach Feststellung der neuen Prozeß-Ordnung in Angriff zu nehmende Concursordnung für den norddeutschen Bund scheine das Vorgehen auf dem Wege der Landesgesetzgebung nicht unbedenklich, die Bedenken könnten indeß nicht so weit führen, die Vorlage, welche mancherlei praktische, vom Handelsstande seit Jahren gewünschte Verbesserungen enthalte, einfach abzulehnen. Zu Gunsten des Entwurfs spreche noch, daß er an den wesentlichsten Grundprincipien der Concursordnung nichts ändere; aber diese werde erst bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Concursordnung zu debattiren sein. Referent der Handelscommission Dr. Hammacher trat diesen Ausführungen bei und betonte noch entschiedener die Opportunität der Vorlage im Interesse des Handelsstandes. Abg. Kasper erkannte einzelne, in der Vorlage enthaltene praktische Verbesserungen an, hob aber hervor, daß bei Weitem wichtigere Reformvorschlüge, welche vom Berliner Stadtgericht ausgegangen, unberücksichtigt geblieben seien. — Es begann nunmehr bei der Specialdebatte über § 17 (Berechnung der Entschädigung bei Zeitgeschäften) eine längere Discussion. Referent Lesse beantragte, zwischen Alinea 2 und 3 einzuschalten: „Fehlt es an solcher Feststellung, so bestimmt sich der Entschädigungsanspruch nach der Differenz zwischen dem Contractpreise und demjenigen Preise, welchen Sachverständige als den für die vertragsmäßige Erfüllungszeit am Tage der Concurs-eröffnung sich ergebenden Markt- oder Börsenpreis festgesetzt haben.“ Ist auch durch die Vernehmung Sachverständiger die Feststellung des Entschädigungsanspruches nicht zu erreichen, so bestimmt sich derselbe u. s. w., wie die Vorlage al. 3. — Das Amendement, von dem Regierungs-Commissar bekämpft, fand in der Commission lebhafteste Unterstützung und wurde schließlich einstimmig angenommen. — Um 10 Uhr wurde die Debatte vertagt.

Dem Landtag ist vor einigen Tagen auch ein Gesetzentwurf über Handelskammern vorgelegt worden. Bis zum Jahr 1848 bestanden solche mit Ausnahme einiger kaufmännischen Corporationen in Alt-Preußen nur in den Rheinprovinzen, und erst durch das Gesetz vom 11. Febr. 1848 wurde bestimmt, daß an den Orten oder Bezirken, wo wegen eines bedeutenden Handels oder gewerblichen Verkehrs ein Bedürfnis dazu obwaltet, Handelskammern nach eingeholter kgl. Genehmigung errichtet werden sollen. In den neuen Provinzen Hannover, Nassau, so wie in Frankfurt wurden im Jahre 1866 resp. 1867 ebenfalls diese Institute eingeführt. Der vorliegende Gesetzentwurf hat nunmehr die Tendenz, für alle Theile der Monarchie gleichmäßige Bestimmungen über die Organisation von Handelskammern zu treffen und außerdem ihre Competenz zu erweitern. Bisher hatten sie nur die Aufgabe, auf Verlangen der vorgesetzten Provinzial- und Centralbehörde Gutachten über den Gang des Handels und der Gewerbe zu erstatten oder nach ihrem eigenen Ermeßen ihre Wahrnehmungen und Ansichten zur Kenntniß der Behörden zu bringen. Jetzt räumt ihnen der Entwurf überhaupt die Bestimmung ein, die Gesamtinteressen der Handels- und Gewerbetreibenden ihres Bezirkes

wahrzunehmen und die Provinzial- und Centralbehörde durch thatsächliche Mittheilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Es wird ihnen die Pflicht auferlegt, spätestens bis Ende Juni über die Lage und den Gang des Handels während des vorangegangenen Jahres an den Handelsminister zu berichten. In allen Fällen haben sie von den an die Centralbehörden erstatteten Berichten gleichzeitig der Bezirksregierung Mittheilung zu machen. An denjenigen Orten, an welchen Handelskammern ihren Sitz haben, werden von diesen die Handelsmänner, unter Vorbehalt der Bestätigung der Regierung, ernannt. Börsen und andere für den Handelsverkehr bestehende öffentliche Anstalten können unter die Aufsicht der Handelskammern gestellt werden. Ihre Errichtung ist von landesherrlicher Genehmigung bedingt, welche letztere zugleich die Zahl der Mitglieder und wem sich der Handelskammerbezirk über mehrere Orte erstrecken soll, über den Sitz der Kammer bestimmt. Zur Theilnahme an der Wahl der Mitglieder sind diejenigen Kaufleute und Gesellschafter berechtigt, welche als Inhaber einer Firma in dem für den Bezirk der Handelskammer geführten Handelsregister eingetragen stehen. Mit landesherrlicher Genehmigung kann jedoch für einzelne Handelskammern nach Anhörung der Beteiligten bestimmt werden, daß das Wahlrecht außerdem durch die Veranlagung in einer bestimmten Klasse oder zu einem bestimmten Satze der Gewerbesteuer vom Handel bedingt sein soll. Wahlberechtigt sind ferner die im Bezirke der Handelskammer den Bergbau treibenden Alleineigenthümer eines Bergwerkes, Gewerkschaften und in anderer Form organisirten Gesellschaften einschließlich derjenigen, welche innerhalb der im Bergwerksgesetz bezeichneten Landes- theilen Stein- und Braunkohlenbergbau betreiben, — insoweit die Jahresproduction einen von dem Chef der Berg- und Hüttenverwaltung nach den örtlichen Verhältnissen für die einzelnen Handelskammern zu bestimmenden Werth erreicht. Die fiscalischen Bergwerke sind von der Theilnahme an der Wahl ausgeschlossen. — Die Wahlstimme einer Actiengesellschaft darf nur durch ein im Handels-Register eingetragenes Vorstandsmitglied, die jeder anderen Gesellschaft nur durch einen ebendasselbst eingetragenen persönlich haftenden Gesellschafter, die einer Gewerkschaft oder anderen Gesellschaft, nur durch den Repräsentanten oder ein Vorstandsmitglied, die einer Person weiblichen Geschlechts oder einer unter Vormundschaft oder Curatel stehenden Person nur durch den im Handels-Register eingetragenen Procuristen abgegeben werden. — Wer noch bei mehreren Firmen oder Bergbau-Unternehmungen in demselben Handelskammerbezirke wahlberechtigt ist, darf gleichwohl nur eine Wahlstimme abgeben. Zum Mitgliede einer Handelskammer kann nur gewählt werden, wer 1) das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat, 2) in dem Bezirke der Handelskammer seinen ordentlichen Wohnsitz hat, — 3) seit mindestens fünf Jahren a. in dem für den Bezirk der Handelskammer geführten Handels-Register entweder als Inhaber einer Firma oder als persönlich haftender, zur Vertretung einer Handelsgesellschaft beauftragter Gesellschafter, oder als Mitglied des Vorstandes einer Actien-Gesellschaft eingetragen steht, b. oder bei einer der im § 4 bezeichneten Bergbau-Unternehmungen im Bezirke der Handelskammer als Alleineigenthümer, Repräsentant oder Vorstandsmitglied theilhaftig ist. Wenn die Einrichtung des Handelsregisters in einem Handelskammerbezirke noch nicht fünf Jahre lang besteht, so genügt die Eintragung in einer der zu 3a bezeichneten Stellungen zur Zeit der Wahl, insofern der Gewählte in einer dieser Stellungen bereits seit fünf Jahren thätig gewesen ist. — § 8. Mehrere Gesellschafter oder Vorstands-Mitglieder einer und derselben Gesellschaft oder Gewerkschaft dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder derselben Handelskammer sein. Falliten sind weder wahlberechtigt noch wählbar. — Mit landesherrlicher Genehmigung kann ein Handelskammerbezirk zum Zwecke der Wahl der Mitglieder in engere Bezirke eingetheilt werden. Für jeden Wahlbezirk hat die Regierung eine Liste der Wahlberechtigten aufzustellen, welche 10 Tage lang öffentlich ausgelegt wird. Nach Feststellung der Wählerliste hat für jeden Wahlbezirk ein Regierungs-Commissar den Wahl-





